



Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Ausgabe 8/2005

4. August 2005

Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Besuch beim GdP-Bundesvorstand

Berlin - Bundeskanzler Gerhard Schröder diskutierte am 2. August in Berlin mit rund 50 Mitgliedern des GdP-Bundesvorstandes. Der GdP-Vorsitzende des Landesbezirks Bayern Gerhard Keller ist Mitglied im Bundesvorstand der GdP.

Weitere GdP-Wahlgespräche u. a. mit Angela Merkel und Günther Beckstein sind in Vorbereitung.

Militarisierung der Gesellschaft Vorschub leisten. Eine Absage erteilte der Kanzler einer weiteren Lohnzurückhaltung. Obwohl er nicht Tarifpartei sei, so meine er, dass Nullrunden im öffentlichen Dienst „nicht mehr gehen“. Das Prinzip des geringen Lohnzuwachses habe sein Ziel nicht erreicht. Vor allem die Sozialreformen regten die GdP-Teilnehmer zu

Sozialwerk der GdP Bayern GmbH



SW Touristik

SW Medical

SW Auto

Mobilfunk

Besuchen Sie uns
auf unserer Homepage

www.swbayern.de



v.l.n.r.: Heinz Kiefer, stellvertretender Landesvorsitzender des LB Bayern, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bernhard Witthaut, stellv. GdP-Bundesvorsitzender

In einem Statement stellte Bundeskanzler Schröder die bisherige Regierungspolitik dar und erläuterte den aktuellen Stand der europäischen Sicherheitspolitik. Deutlich distanzierte sich der Kanzler von dem von Innenpolitikern in die Medien gebrachten Vorschlag, die Bundeswehr zum Schutz der inneren Sicherheit einzusetzen. Dies würde einer

kritischen Nachfragen an. Der Kanzler verwies auf die deutsche Mentalität, Reformen zu begrüßen, so lange man selbst nicht negativ betroffen ist.

Konrad Freiberg dankte dem Kanzler für seine Bereitschaft, sich den Fragen des Bundesvorstands zu stellen. Die GdP, so der GdP-Vorsitzende, werde die Wahlprogramme aller Parteien sorgfältig prüfen.



V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Bayern

Satz und Layout: Markus Wimmer

E-Mail: wimmer@gdpbayern.de

Telefon: 089/578388-50

Telefax: 089/578388-9050

www.gdpbayern.de

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Hansastraße 17, 80686 München



GdP fordert konkrete Maßnahmen zur Terrorbekämpfung statt Wahlkampfgetöse

GdP verabschiedet den sogenannten „Berliner Appell“

Berlin - „Konkrete Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des islamistischen Terrorismus müssen endlich umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass angesichts tatsächlich bestehender Gefahren weiterhin nur Wahlkampfgetöse betrieben wird“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, am heutigen Mittwoch in Berlin. In dem in einer außerordentlichen Bundesvorstandssitzung verabschiedeten „Berliner Appell“ warf die GdP den politisch Verantwortlichen eklatante Handlungsdefizite bei der aktuellen Terrorismusbekämpfung vor. Führende Innenpolitiker, so Freiberg, wiesen seit langem auf die für Deutschland bedrohli-

che Gefahrenlage hin, doch reiche es nicht aus, „nur darüber geredet zu haben“.

Die GdP fordert die verantwortlichen Politiker auf, im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung die Wahlkampfspielchen zu beenden. Es bedürfe einer parteienübergreifenden, gemeinsamen Anstrengung, um den Terrorgefahren wirksam zu begegnen. Als Sofortmaßnahmen seien die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung, die Einrichtung einer praxisgerechten Anti-Terror-Datei und eine durch die Polizei handhabbare, neue Regelung der technischen Wohnraumüberwachung unverzichtbar. Beschleunigt werden müssten zudem die nötigen

Änderungen beim EU-Haftbefehl, die Einführung des polizeilichen Digitalfunks und die Schaffung gesetzlicher Normen zur längeren Aufbewahrung von Telekommunikationsdaten.

Als gezielte Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnete der GdP-Vorsitzende die jüngst wieder aufgekommenen Vorschläge, die Bundeswehr im Innern einzusetzen. Es sei abenteuerlich, wie manche Ministerpräsidenten von ihrer knallharten Sparpolitik bei der Polizei ablenken wollen.



Berliner Appell der GdP

Die GdP wirft den politisch Verantwortlichen eklatante Handlungsdefizite vor: Trotz aller Gefahr, es geschieht nichts Wesentliches.

gdp - Obwohl sich verantwortliche Innenpolitiker einig über die bedrohliche Sicherheitslage in Deutschland sind, wird in erster Linie wahltaktisch geredet, statt sicherheitsrelevant gehandelt. Bundesinnenminister Otto Schily sagt: „Auch Deutschland ist vom islamistischen Terrorismus bedroht.“ Bayerns Innenminister Günther Beckstein ergänzt: „Deutschland befindet sich in ‚ähnlicher Gefahr‘ wie die USA, Großbritannien, Italien oder Israel. Wir müssen uns auf Terror einstellen auch mit atomaren, biologischen oder chemischen Waffen.“

Eindringlich fordert die GdP folgende unverzichtbare Instrumente zur Terrorismusbekämpfung:

- die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung,
- die Einrichtung einer praxisgerechten „Anti-Terror-Datei“,

- eine gesetzliche Regelung zur Aufbewahrung von Telekommunikationsverbindungsdaten,
- eine neue gesetzliche Regelung zum Europäischen Haftbefehl,
- eine neue praxisgerechte Ausgestaltung der Wohnraumüberwachung,
- eine verbesserte technische Ausstattung, insbesondere die schnellstmögliche Einführung des Digitalfunks,
- die Ausweitung des genetischen Fingerabdrucks (Standardmaßnahme der ED-Behandlung),
- die Harmonisierung der Polizeigesetze, insbesondere im Bereich der verdeckten Ermittlungen,
- die Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordination auf europäischer Ebene (Harmonisierung der Datenschutzregelungen, gemeinsame Datenbanken).
- eine sofortige Beendigung der Personalkürzungsmaßnahmen, bzw.

die entsprechende personelle Verstärkung der Polizeien in den Bundesländern.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Problemstellungen und den erforderlichen Maßnahmen ist es unverantwortlich und eine Täuschung der Öffentlichkeit, wenn in vielen Bundesländern bei der Polizei drastisch gekürzt wird, statt die Polizei personell und technisch optimal auszustatten, damit sie ihrem Sicherheitsauftrag gerecht werden kann. Genauso unverantwortlich ist der Vorschlag, die Bundeswehr im Innern als Ausgleich für die personellen Defizite bei der Polizei einzusetzen.

Die GdP fordert die Politiker mit Nachdruck auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern beim Schutz vor Terroranschlägen gerecht zu werden.